

■ Jugendpolitische Forderungen der Sportjugend Hessen zur Landtagswahl 2023

Die Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V. ist als Sportverband zuständig für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in den Sportvereinen, Sportkreisen und Fachverbänden. Als Jugendverband ist sie Interessenvertretung für junge Menschen in Hessen.

Aus der Sicht eines Sportverbandes schließen wir uns den sportpolitischen Positionen und Forderungen des Landessportbundes Hessen e.V. an und unterstützen sie in vollem Umfang. Als Jugendorganisation waren wir an der Ausarbeitung der jugendpolitischen Forderungen des Hessischen Jugendrings beteiligt. Wir unterstützen die darin verfassten Positionen und Forderungen. Gleichzeitig nehmen wir eine eigene Schwerpunktsetzung vor, die an den Erfordernissen eines bewegten und sportlichen Aufwachsens orientiert ist.

Stellenwert von Sport und Bewegung für Kinder und Jugendliche

Sport und Bewegung sind für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Eine aktive Lebensweise fördert nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch die psychische und soziale Entwicklung. Sport und Bewegung sind grundlegende Aspekte der kindlichen Entwicklung und ein wichtiges Bedürfnis. Fast alle jungen Menschen werden im Laufe ihrer Entwicklung Mitglied in einem Sportverein und die Vielen, die öffentliche und frei zugängliche Sport- und Bewegungsmöglichkeiten nutzen, belegen den hohen Stellenwert, den Sport und Bewegung für Kinder und Jugendliche haben.

Unsere Forderungen

Wir haben unsere Forderungen an den grundlegenden Kinder- und Jugendrechten ausgerichtet. Diese Rechte sind ein wichtiger Bestandteil der Menschenrechte und seit 2018 in der Hessischen Verfassung verankert. Sie sind darauf ausgerichtet, die Würde, die Freiheit und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu schützen und zu fördern. Die Verfassung fordert, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung sowie in ihren Bedürfnissen ernst genommen und ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden. Zu den Kinder- und Jugendrechten gehört unter anderem das Recht auf Gleichbehandlung, das Recht auf Bildung, das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, das Recht auf Spiel und Freizeit und das Recht auf Beteiligung.

1. Engagement junger Menschen stärken

- **Freiräume und Zeit für ehrenamtliches Engagement schaffen**

Es muss jungen Menschen durch passende politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ermöglicht werden, ihr ehrenamtliches Engagement bestmöglich



mit den Anforderungen von Schule, Studium, Ausbildung und Beruf zu vereinbaren. Ehrenamtliches Engagement sollte nicht durch fehlende zeitliche Freiräume oder steigende Anforderungen beeinträchtigt werden. Verbindliche Regelungen zu prüfungsfreien Zeiten können hierbei helfen.

- **Ehrenamt anerkennen, wertschätzen und jugendgerechte Gestaltung fördern**
Ehrenamtliche Strukturen von und für junge Menschen müssen gestärkt und krisenfest gemacht werden. Hierzu müssen die nötigen finanziellen Mittel für die Unterstützung durch Hauptamtliche bereitgestellt werden. Wissenschaftliche Untersuchungen sind zu fördern, um die Lage und Bedarfe ehrenamtlicher Strukturen besser einschätzen zu können. Und nicht zuletzt muss ehrenamtliches Engagement junger Menschen in seiner Vielfalt politisch sichtbar gemacht und gewürdigt werden.

2. Schaffung einer kindgerechten und bewegungsorientierten Schullandschaft und Ganztagsgrundschule

- **Zugänge für den organisierten Sport und Freiräume für bewegungsorientierte Angebote schaffen. Finanzierung dafür sicherstellen**
Bewegung und Sport sind wichtige Eckpfeiler eines gesunden Aufwachsens. Angebote für Sport und Bewegung und der außerschulischen Bildung sollten allen jungen Menschen in großer Vielfalt und niederschwellig zur Verfügung stehen. Dafür brauchen junge Menschen ausreichend Freizeit. Sportvereine brauchen gute strukturelle Förderung, um diese Angebote qualitativ hochwertig und inklusiv umzusetzen. Insbesondere für ehrenamtliche Strukturen und Angebote müssen zusätzliche Anreize und Möglichkeiten vorhanden sein, damit außerschulische Bildungsangebote geschaffen werden können.
- **Ganztagesbildung in der Grundschule kindgerecht und bewegt gestalten**
Eine kindgerechte Gestaltung von Räumen beinhaltet neben der Rhythmisierung auch ein vielfältiges und ansprechendes non-formales Bildungsangebot, Freiräume für Experimente und freies Spiel, abwechslungsreiche Bewegungsangebote, Rückzugsmöglichkeiten und eine möglichst weitreichende Mitbestimmung durch die Kinder. Um dies sicherzustellen, sind verpflichtende Qualitätsstandards erforderlich, die denen der Jugendhilfe entsprechen. Außerdem sollte das Land Hessen alles dafür tun, dem sich schon jetzt durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung abzeichnenden Mehrbedarfs an pädagogischen Fachkräften gerecht zu werden. Wir stellen fest, dass es einen erheblichen Mangel an ausgebildeten Sportlehrkräften gibt, der nicht allein durch die Arbeit der Sportvereine kompensiert werden darf und der Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein hat. Hier müssen neue und für beide Seiten gewinnbringende Kooperationsmöglichkeiten geschaffen werden.



- **Verpflichtende Ganztagsgrundschule auf 14:30 Uhr begrenzen und Hausaufgaben abschaffen**

Grundschul Kinder brauchen zeitliche Freiräume für außerschulische Aktivitäten oder Engagement, z. B. in Sportvereinen. Kinder und Eltern müssen die Freiheit haben, den weiteren Nachmittag der Kinder selbstbestimmt außerhalb der Ganztagsgrundschule zu gestalten. Dafür müssen Hausaufgaben für diese Schulform abgeschafft werden.

3. Schutz, Förderung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sichern und ausbauen

- **Fachliches Netz für Ehrenamtliche und Betroffene knüpfen**

Ehrenamtlich Tätige, die von interpersonaler Gewalt erfahren, benötigen fachliche Beratung und Qualifizierung. Betroffene von interpersonaler Gewalt brauchen professionelle Anlaufstellen. Über den Aufbau einer Vernetzung kann eine passgenaue Abdeckung erreicht werden.

- **Finanzielle Förderung stärken und etablierte Strukturen sichern**

Damit ehrenamtliche Strukturen an Präventions-, Schutz- und Interventionskonzepten arbeiten können, benötigen sie verlässliche und planbare Förderungen. Dies betrifft sowohl bereits bestehende Strukturen in den Vereinen und Verbänden als auch den Ausbau und die Entwicklung von Angeboten für junge Menschen, insbesondere zum Thema mentale Gesundheit.

- **Angebote für Kinder und Jugendliche zur Sensibilisierung und Stärkung von klein auf in Kindergärten und Schulen verankern**

Die Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen ist unter dem Aspekt Prävention zentral. Jungen Menschen, die sich selbst als handelnde Subjekte wahrnehmen und für ihre Interessen eintreten können, fällt es leichter, sich zu behaupten. Entsprechende Angebote in Kindergärten und Schulen müssen ausgebaut werden.

4. Gleiche Chancen für alle zur Teilhabe an einer bewegungsorientierten Kindheit – Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

- **Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen stärken**

Um die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen zu sichern, sollten Familien finanziell unterstützt werden. Ein Engagement im Sportverein trägt maßgeblich zur Entwicklung der Persönlichkeit von jungen Menschen bei. Angebote der Jugendarbeit müssen für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sein. Wir fordern die Landesregierung auf, ausreichend finanzielle Unterstützungsprogramme bereitzustellen, die für Familien einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.



- **Kostenlose und bedarfsorientierte schulische und außerschulische Bildung und Betreuung sicherstellen**

Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und gleiche Chancen von klein auf. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu erreichen und Kinder- und Jugendarmut entgegenzuwirken, brauchen wir ein kostenloses Bildungssystem und den Ausbau von Betreuungsangeboten. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Lehrmittelfreiheit konsequent umgesetzt wird.

5. Engagiert für Nachhaltigkeit – Klimakrise ernst nehmen

- **Lebensumfelder junger Menschen nachhaltiger gestalten**

Unsere Wohnorte müssen klimafreundlicher werden. Der Schutz und Ausbau von Grünflächen und naturnahen Räumen ist zu fördern und Kindern und Jugendlichen Zugang für Sport und Bewegung zu ermöglichen. Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiv und für junge Menschen möglichst kostenfrei ausgebaut werden. Hier bedarf es in den Regionen jeweils eigener passender Mobilitätskonzepte.

- **Interessen junger Menschen bei allen Entscheidungen zur Nachhaltigkeit verbindlich berücksichtigen**

Die Stimme junger Menschen muss auf allen Ebenen des politischen Prozesses hörbar sein und wahrgenommen werden. Dafür bedarf es der Beteiligung der jungen Menschen selbst. Sie sollen durch innovative, demokratische Beteiligungsstrukturen in die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Legitime Formen des Protestes dürfen nicht kriminalisiert werden.

Mit Blick auf die Kinder- und Jugendrechte und unsere Forderungen ist das zentrale Element die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen, die sie betreffen.

Wir fordern eine konsequente und umfassende Einführung von Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche.

Eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (§ 4c HGO) ist notwendig, da die derzeitige Regelung nur eine Soll-Bestimmung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beinhaltet. Wir fordern, dass diese Soll-Bestimmung in eine Muss-Bestimmung umgewandelt wird, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist.

